

## Innovationsrat Baden-Württemberg verabschiedet weitere Empfehlungen

**"Die Bilanz des Innovationsrats erfüllt die Erwartungen der Landesregierung voll und ganz", so lautete das Fazit von Ministerpräsident Günther H. Oettinger auf der siebten Tagung des Innovationsrats in Stuttgart am 21. Januar 2010. Seit der Einrichtung des Innovationsrats Ende 2007 stehen zwei Themen im Vordergrund: nachhaltige Strategien gegen den drohenden Fachkräftemangel sowie die Verstärkung des Wissenstransfers zwischen Wissenschaft und Wirtschaft, insbesondere in Richtung kleine und mittlere Unternehmen. Das Sofortprogramm zur Beschäftigung für MINT-Absolventen im Hochschulbereich ist bereits angelaufen, der Wissensaustausch zwischen Hochschulen, öffentlichen Forschungseinrichtungen und der Wirtschaft soll weiter gestärkt werden.**



„Baden-Württemberg ist eine der wirtschaftlich erfolgreichsten und forschungsstärksten Regionen der Welt. Vom Innovationsrat gehen wichtige Impulse zur Sicherung und Verbesserung der Innovationskraft unseres Landes aus. Das Sofortprogramm für die Beschäftigung von MINT-Absolventen im Hochschulbereich hat die richtigen Signale gesetzt“, sagten Ministerpräsident Günther H. Oettinger, Dr. Eberhard Veit und Professor Dr. Ernst Messerschmid, die gemeinsam dem Innovationsrat Baden-Württemberg vorstehen, am 27. Januar 2010 in Stuttgart.

## **Sofortprogramm zur Beschäftigung für MINT-Absolventen im Hochschulbereich angelaufen**

„Seit dem 1. Oktober 2009 wurden 100 zusätzliche Beschäftigungsverhältnisse an baden-württembergischen Hochschulen begründet. Berücksichtigt man, dass jährlich ca. 19.000 Studierende in Baden-Württemberg ein MINT-Studienfach - Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik - erfolgreich abschließen, zeigt dies, dass Absolventen dieser Fächer auf dem Arbeitsmarkt auch in der aktuellen Situation Chancen haben“, sagte der Ministerpräsident. Das MINT-Programm sei flexibel angelegt, und die Landesregierung werde vor dem Hintergrund der Arbeitsmarktentwicklung in den nächsten Monaten über die Weiterführung entscheiden. Bislang seien 9 Mio. Euro für die Durchführung des Programms reserviert; weitere 9 Mio. Euro könnten für eine Verlängerung des MINT-Programms eingesetzt werden, falls die Arbeitsmarktlage dies erfordere. Sollten weniger Mittel benötigt werden, stünden sie für die Umsetzung weiterer Innovationsratsempfehlungen zur Verfügung.

Das MINT-Sofortprogramm gehe auf einen Vorschlag aus der Zwischenbilanz des Innovationsrats vom 21. Juli 2009 zurück; vorangegangen war eine Empfehlung der Arbeitsgruppe „Strategien gegen den Fachkräftemangel“ (Leitung: Prof. Dr. Wolfgang Franz, Präsident des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung, Mannheim). Das MINT-Programm schaffe die Voraussetzungen für die Beschäftigung von bis zu 500 Absolventinnen und Absolventen naturwissenschaftlicher und technischer Studiengänge in Forschungs- und Technologietransferprojekten der Hochschulen. Eine entsprechende Vereinbarung hätten Landesregierung, Hochschulen, Wirtschaftsverbände und Gewerkschaften im Herbst 2009 geschlossen. Das Land unterstütze Beschäftigungsverhältnisse an den Hochschulen mit bis zu 18.000 Euro für ein Jahr. Voraussetzung sei die Kooperation der Hochschule mit einem Unternehmen.

„Für den künftigen Erfolg unserer Wirtschaft ist es entscheidend, dass ausreichend hoch qualifizierte Fachkräfte zur Verfügung stehen. Mit dem Sofortprogramm für Hochschulabsolventen der „MINT“-Fächer haben Landesregierung, Hochschulen, Wirtschaft und Gewerkschaften in Baden-Württemberg gemeinsam deutlich gemacht: Auch in der Krise lohnt es sich, technische und naturwissenschaftliche Fächer zu studieren. Das Programm ist bundesweit einzigartig und belegt, dass für Politik und Wirtschaft in Baden-Württemberg die nachhaltige Sicherung des Fachkräfteangebots vorrangig ist“, betonte Dr. Eberhard Veit, der im Innovationsrat die Belange der Wirtschaft vertritt.

## **Zusammenarbeit zwischen Hochschulen, Forschungseinrichtungen und Unternehmen weiter stärken**

„In keinem anderen Land wird so viel Forschung und Entwicklung (FuE) betrieben wie in Baden-Württemberg. Mit einem Anteil von 4,4% Ausgaben für FuE am Bruttoinlandsprodukt liegt es weit über dem deutschen Durchschnitt von 2,5% und deutlich vor Japan (3,4%), den USA (2,7%) und Großbritannien (1,8%). Hauptanliegen des Innovationsrats ist es, Wachstumspotenziale zu

mobilisieren und die Umsetzung von Forschungsergebnissen in neue Produkte und Dienstleistungen zu beschleunigen“, sagte Professor Dr. Ernst Messerschmid, im Vorstand des Innovationsrats für die Themen Wissenschaft und Forschung zuständig.

Der Innovationsrat habe sich in mehreren Arbeitsgruppen mit der Verbesserung des Wissensaustauschs zwischen Hochschulen, öffentlichen Forschungseinrichtungen und der Wirtschaft befasst und dazu eine Reihe konkreter Vorschläge gemacht, unterstrich Professor Messerschmid. Eine der zentralen Empfehlungen sei die Einrichtung einer landesweiten elektronischen Kommunikationsplattform für Unternehmen, Wissenschaft, Ministerien und Organisationen der Wirtschaft, um den Transfer von Innovationen zu beschleunigen. Überlegungen zur Ausgestaltung der Innovationsplattform hätten folgende Arbeitsgruppen angestellt:

- **„Baden-Württemberg 2025: Wirtschaft, Gesellschaft und industrieller Wandel“** (Leitung: Prof. Dr. Marion A. Weissenberger-Eibl, Leiterin des Fraunhofer-Instituts für System- und Innovationsforschung, Karlsruhe; Martin Jetter, Vorsitzender der Geschäftsführung, IBM Deutschland GmbH, Ehningen),
- **„Hochschulen und Forschungseinrichtungen als Partner der Wirtschaft: Wissens- und Technologietransfer“** (Leitung: Prof. Dr. Ellen Ivers-Tiffée, Leiterin des Instituts für Werkstoffe der Elektrotechnik, Karlsruher Institut für Technologie; Dr. Siegfried Dais, stellvertretender Vorsitzender der Geschäftsführung, Robert Bosch GmbH, Stuttgart)
- **„Steigerung der Innovationskraft von kleinen und mittleren Unternehmen“** (Leitung: Dr. Robert Bauer, Sprecher des Vorstands, Sick AG, Waldkirch; Prof. Dr.-Ing. Winfried Lieber, Hochschule Offenburg, stellvertretender Vorsitzender der Rektorenkonferenz der Fachhochschulen)

Weitere Empfehlungen richteten sich auf die gemeinsame Forschung von Wirtschaft und Wissenschaft im Rahmen von Verbundprojekten und von „Industrie auf dem Campus“-Projekten, erklärte Messerschmid. Dabei handele es sich um Forschungsvorhaben, die durch gemischte Arbeitsgruppen, denen Hochschulwissenschaftler und Forscher aus Unternehmen angehören, durchgeführt würden. Der Innovationsrat empfehle auch einen intensiveren wechselseitigen Personalaustausch zwischen Wirtschaft und Wissenschaft und eine „Wissensbörse“ für die Bereitstellung von Praktikantenstellen im In- und Ausland.

## **Musterverträge helfen bei Vertragsverhandlungen**

Ein wichtiges Instrument, um insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen die Barrieren beim Technologietransfer zu senken, seien Musterverträge. „Die vom Innovationsrat bereitgestellten Musterverträge sollen die Vertragsverhandlungen bei Auftragsforschung und Forschungs Kooperationen vereinfachen und beschleunigen. Sie beziehen die unterschiedlichen Interessenlagen von Wirtschaftsunternehmen, Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen ein und eignen sich bestens für eine breite Anwendung“, erläuterte der Professor.

Auch die Arbeitsgruppe „Staat - Wirtschaft - Wissenschaft - Kultur: Rahmenbedingungen für Innovationen“ (Leitung: Prof. Peter Weibel, Vorstand des Zentrums für Kunst und Medientechnologie, Karlsruhe; Dorothee Stein-Gehring, Mitglied des Beirats, Gehring Technologies GmbH, Ostfildern) habe abschließende Empfehlungen vorgelegt. Dazu gehöre insbesondere die Einrichtung eines Kreativitäts- und Innovationsrings, um die Zusammenarbeit der überregional bedeutenden Institutionen in den Bereichen Kunst, Kultur und Kulturwirtschaft zu verstärken und einen Austausch zwischen den Sphären Kultur und Wirtschaft anzustoßen. Hier könne auf das Programm „art, science & business“ der Akademie Schloss Solitude aufgebaut werden.

## Arbeitsschwerpunkte im Jahr 2010

In den nächsten Sitzungen werde sich der Innovationsrat mit den Themen „Steigerung der Innovationskraft von kleinen und mittleren Unternehmen“, „Mobilität und Umwelt“ sowie „Bereitstellung von Wagniskapital in der Gründungsphase“ befassen und im Herbst 2010 seine Arbeit abschließen, informierte Messerschmid.

Der Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion Stefan Mappus habe bereits seine Bereitschaft erklärt, nach dem Amtswechsel auch den Vorsitz im Innovationsrat zu übernehmen. Die für das Jahr 2010 vorgesehenen Arbeiten könnten damit planmäßig fortgesetzt werden.

## Programm zur Erhöhung des Frauenanteils in MINT-Fächern geplant

Ministerpräsident Oettinger, der am 21. Januar 2010 letztmalig die Sitzung des Innovationsrats leitete, dankte den Mitgliedern für ihr großes Engagement: „Die Landesregierung nimmt die Hinweise des Innovationsrats sehr ernst. Sie wird daher in den kommenden Monaten weitere Schritte zur Umsetzung der Empfehlungen einleiten“.

Der Ministerpräsident wies darauf hin, dass im Entwurf des Staatshaushaltsplans 2010/11 für die Umsetzung der Empfehlungen des Innovationsrats insgesamt rund 30 Mio. Euro veranschlagt seien. Damit sollten insbesondere die zentralen Empfehlungen zur Stärkung des Technologietransfers und der nachhaltigen Verfügbarkeit von Fachkräften umgesetzt werden. Der Ministerpräsident kündigte an, dass als erste Maßnahme ein Programm zur Steigerung des Frauenanteils in den MINT-Fächern aufgelegt werde, an dessen Konkretisierung Wirtschaftsministerium und Wissenschaftsministerium derzeit arbeiteten.

---

### Pressemitteilung

28.01.2010

Quelle: Staatsministerium Baden-Württemberg (27.01.10)

---

### Weitere Informationen

- ▶ [Innovationsrat Baden-Württemberg](#)
- ▶ [MINT-Sofortprogramm](#)